



31.05.2018

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

Gedenken an Nicole Fontaine

Am 17. Mai verstarb die ehemalige Präsidentin des Europaparlaments, Nicole Fontaine. Die französische Christdemokratin wurde 77 Jahre alt. Sie zog 1984 erstmals in das Europaparlament ein und gehörte diesem insgesamt 23 Jahre lang an. Sie war die zweite Frau, die an die Spitze des Hauses gewählt wurde, und übte das Präsidentenamt von 1999–2002 aus. Sie hat sich stets für eine Stärkung der Rolle des Parlaments im europäischen Institutionengefüge eingesetzt.

EU-Haushalt 2021–2027

Die Debatte um den nächsten siebenjährigen Haushalt der EU für die Zeit nach 2020 hat begonnen: Anfang des Monats hat die Kommission Zahlen vorgelegt – die detaillierten Regelwerke für die einzelnen Politikbereiche wie Landwirtschaft und Regionales folgen in den nächsten Tagen. Der Kommissionsvorschlag sieht vor, dass der Gesamtumfang des EU-Budgets von derzeit 1 % der Wirtschaftsleistung der EU auf 1,13 % steigen soll. Dabei schlägt die Kommission für die traditionellen Ausgabenbereiche Landwirtschaft und Regionales eine moderate Kürzung vor – die Mehrausgaben sollen stattdessen in neue, drängende Aufgaben fließen. Das Parlament hat diese Woche eine erste Positionierung zu diesen Vorschlägen vorgenommen. Die Herausforderungen sind in der Tat enorm: Wir brauchen eine angemessene Finanzierung für drängende Aufgaben wie den Schutz der Außengrenzen und

die Verteidigungsunion. Die Forschungsförderung und das Austauschprogramm Erasmus plus sind derzeit stark unterfinanziert. Gleichzeitig kommt der EU mit den Briten ein wichtiger Nettozahler abhanden. Was also tun? Die Lösung kann sicher nicht darin bestehen, einfach immer neue Ausgabenposten auf den EU-Haushalt aufzuschichten. Stattdessen müssen wir uns fragen: Welche Vorhaben sind besonders wichtig, weil sie Investitionen in unsere Zukunft darstellen oder unsere Sicherheit betreffen? Wo können wir durch gemeinsames europäisches Handeln parallele nationale Anstrengungen ersetzen und mit den erzielten Synergieeffekten Einsparungen für alle erreichen – mit anderen Worten: wo ist der europäische Mehrwert besonders groß? Insofern weisen die Pläne der Kommission auf jeden Fall in die richtige Richtung. Zudem sollte die unsozialistische Haltung einiger mittel- und osteuropäischer Staaten bei der Flüchtlingsverteilung zu Kürzungen bei den EU-Fördermitteln führen können. Auch ein weiterer Vorschlag der Kommission ist hochinteressant: Geld soll es künftig nur noch geben, wenn wesentliche rechtsstaatliche Standards eingehalten werden.

Reform der Entsenderichtlinie

In der EU gibt es über 2 Millionen sogenannte entsandte Arbeitskräfte, also Menschen, die in einem anderen Land arbeiten als dem, in dem sie ihren Arbeitsvertrag haben – wie zum Beispiel Fernfahrer oder Bauarbeiter. Der Großteil der entsandten Arbeitnehmer kommt aus Osteuropa, allein die Hälfte arbeitet in Deutschland, Frankreich und Belgien. Bisher führt das mitunter dazu,

So können Sie mich erreichen

vor Ort: Tel. 07323 9523855 · info@inge-graessle.eu · Postanschrift: Grabenstraße 24 · 89522 Heidenheim
im Europäischen Parlament: Büro ASP 15E154 · Rue Wiertz · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · **im Netz:** www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle



dass entsandte Arbeitnehmer am selben Ort dieselbe Arbeit für die Hälfte des Lohns verrichten, den einheimische Arbeitskräfte bekommen. Das ist nicht nur unfair gegenüber den entsandten Arbeitnehmern, aus Sicht der einheimischen Arbeitskräfte kann dieses „Lohndumping“ existenzbedrohend sein. Vor diesem Hintergrund haben wir nach Verhandlungen mit dem Ministerrat jetzt eine Reform der Entsenderichtlinie verabschiedet. Sie sieht vor, dass entsandte Arbeitnehmer ab dem ersten Tag so entlohnt werden müssen wie einheimische. Entsendungen werden außerdem auf 12 Monate begrenzt, mit der Möglichkeit einer einmaligen 6-monatigen Verlängerung – danach gelten für entsandte Arbeitnehmer die arbeitsrechtlichen Regeln des Ziellandes, einschließlich der Pflicht, in die dortigen Sozialsysteme einzuzahlen. Außerdem soll die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Betrug und Missbrauch mit Entsendungen verbessert werden. Die Mitgliedstaaten haben nun zwei Jahre Zeit, die neue Richtlinie in nationales Recht umzusetzen.

EU bekämpft unfaires Dumping

Import-Stahl und Billig-Solar-Paneele aus China, die zu Niedrigstpreisen auf den europäischen Markt geworfen werden, haben europäischen Produzenten in den vergangenen Jahren stark zugesetzt. Eine Marktwirtschaft mit Wettbewerbsregeln kann aber auf Dauer nur funktionieren, wenn die Regeln von allen eingehalten werden, und nicht einige Akteure versuchen, diese durch Preisdumping und verdeckte Subventionen zu umgehen, um sich so einen Vorteil zu verschaffen. Wir haben daher jetzt eine

Stärkung der Instrumente zum Handelschutz beschlossen. So wird es künftig kürzere Untersuchungszeiten vor der Einführung von Anti-Dumping-Zöllen geben – so können wir schneller auf unfaire Handelspraktiken reagieren. Bei der Bewertung solcher Praktiken wird nun auch Sozial- und Umweltdumping berücksichtigt werden. Gleichzeitig wird eine längere Vorwarnzeit für vorläufige Zölle den Importeuren mehr Planungssicherheit geben. Zudem wird ein „Helpdesk“ für kleine und mittlere Unternehmen eingerichtet.

Neuigkeiten aus meinem Büro

Unser pakistanischer Austauschstudent, Muhammad Zakaria Shafqut, der im Rahmen eines Austauschprogramms zwischen dem Europaparlament und der US-amerikanischen Furman University ein Praktikum in meinem Büro absolviert hat, ist zum Abschluss seines Studiums in die USA zurückgekehrt. Dazu wünschen wir ihm alles Gute und sagen herzlichen Dank für die tatkräftige Mitarbeit. Gleichzeitig durfte ich mich in den letzten Tagen über drei „Neuzugänge“ freuen: Christopher Frank aus Tauberbischofsheim, Katharina Horrер aus Königbronn sowie Nimesha Perera aus Boston (USA), die ebenfalls über das amerikanische Austauschprogramm den Weg in mein Büro gefunden hat. Sie alle werden im Rahmen eines Praktikums die Arbeit im Europaparlament erkunden. Willkommen!

Besuch aus der Heimat

Diese Woche durfte ich die Freiwillige Feuerwehr aus Heldenfingen im Parlament willkommen heißen.

So können Sie mich erreichen

vor Ort: Tel. 07323 9523855 · info@inge-graessle.eu · Postanschrift: Grabenstraße 24 · 89522 Heidenheim
im Europäischen Parlament: Büro ASP 15E154 · Rue Wiertz · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · **im Netz:** www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle